



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Stand vom 03.03.2026 16:25:14 bis 05.03.2026 16:25:43

### Angegeben von:

Deutscher Richterbund, Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte e. V. (DRB) (R001793) am 23.09.2025

### Beschreibung:

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zum einen durch die Einführung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung, mit der die geschädigte Person unmittelbar gewarnt werden kann, wenn das Abstandsgebot missachtet wird, und zum anderen durch die Verpflichtung eines Täters zur Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

### Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

## Betroffene Interessenbereiche (2)

---

Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Zivilrecht [alle RV hierzu]

## **Betroffene Bundesgesetze (2)**

---

FamFG [alle RV hierzu]

GewSchG [alle RV hierzu]